

## Antrag

der Abgeordneten **Hafenecker, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner**  
und **Sulzberger**

betreffend: **Nachhaltige Neuordnung des Pensionssystems, insbesondere der Hacklerregelung**

Neben vielen Grauslichkeiten im Bereich Familie und Soziales beinhaltet das aktuell bekannt gewordene Budget der Bundesregierung auch einen massiven Anschlag gegen Arbeitnehmer bzw. Pensionisten in Niederösterreich. So ist dem Vernehmen nach eine sofortige Einstellung der Hacklerregelung geplant. Die FPÖ ist in diesem Zusammenhang der Ansicht, dass sich die Menschen mit 45 Arbeitsjahren aufgrund ihrer erbrachten Leistungen auch den Ruhestand redlich verdient haben. In diesem Zusammenhang ist daher nicht an eine Einstellung dieser Regelung zu denken, sondern vielmehr an eine Übernahme in Dauerrecht. Bei dieser Dauerregelung wäre es aber unabdingbar, dass nur jene Personengruppe betroffen ist, die tatsächlich auch unter die Kriterien der Schwerarbeiter-Regelung fallen. Eine Harmonisierung der Pensionssysteme wäre dabei ebenfalls zwingend.

An eine, wie immer wieder geforderte Anhebung des Pensionsantrittsalters ist nach Ansicht der FPÖ überhaupt nicht zu denken, da die Verlängerung der Arbeitszeit die Jugendarbeitslosigkeit weiter in die Höhe treiben würde. Vielmehr sollten, vor allem im öffentlichen Dienst Maßnahmen ergriffen werden, die sicherstellen, dass das tatsächliche Pensionsantrittsalter deckungsgleich mit dem Gesetzlichen ist.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **Antrag:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Der niederösterreichische Landtag lehnt das Sparpaket der Bundesregierung als sozial unausgewogen und arbeitnehmerfeindlich entschieden ab und fordert von der Bundesregierung mit allem Nachdruck, den Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialstandort Österreich durch ein einseitiges Sparpaket nicht zu gefährden.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, damit die im Budget 2011 vorgesehene

Einstellung der Hacklerregelung zurückgenommen wird. Dieser Bereich ist neu zu verhandeln, um die Mehrbelastung von Arbeitnehmern zu verhindern.

3. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und sich für eine Übernahme der Hacklerregelung in ein dauerhaftes Gesetz einzusetzen. In diesem Zusammenhang ist die betroffene Personengruppe neu zu valorisieren.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und sich gegen jegliche weitere Erhöhung des Pensionsantrittsalters auszusprechen, da damit ausschließlich die Jugendarbeitslosigkeit erhöht wird.

5. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und sich für eine Harmonisierung der Pensionssysteme auszusprechen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 9.12.2010 möglich ist.